



Christian Berger  
Vorsitzender des Vorstands  
der KZVB

## Personen statt Positionen?

Sehr geehrte Frau Kollegin,  
sehr geehrter Herr Kollege,

am 26. September wird ein neuer Bundestag gewählt. Der Wahlkampf war gelinde gesagt unspektakulär. Ein Jahrhundert-Hochwasser, der Siegeszug der Taliban und die Corona-Pandemie überschatteten andere Themen. Lediglich die Frage nach dem oder der richtigen Kanzlerkandidaten/-kandidatin sorgte für Aufmerksamkeit. Laschet, Baerbock oder Scholz – Personen scheinen viele Bürger und Kommentatoren mehr zu beschäftigen als Positionen. Wichtige Zukunftsfragen wurden dagegen kaum öffentlich diskutiert. Das gilt auch und gerade für die Weiterentwicklung unseres Gesundheitswesens. Dabei sind in diesem Bereich die Unterschiede in den Wahlprogrammen offensichtlich. Während SPD, Grüne und Linke an der Idee der Bürgerversicherung festhalten, verteidigen CDU/CSU und FDP das duale System von GKV und PKV. Das haben auch die Interviews bestätigt, die wir mit den gesundheitspolitischen Sprechern aller derzeit im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen geführt und im BZB veröffentlicht haben. Wir Zahnärzte wissen also, woran wir sind!

Offen sind dagegen der Wahlausgang und das anschließende politische Farbenspiel. Wir haben mehrfach erlebt, was dabei herauskommt, wenn scheinbar Unvereinbares in einer Koalition zusammengeführt werden muss: Kompromisse auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Dies war schon bei der aktuellen schwarz-roten Koalition der Fall. Bis heute tagt eine Arbeitsgruppe, die über die Zuführung der privaten und der gesetzlichen

Gebührenordnungen berät – bislang ohne konkrete Ergebnisse.

Welchen gesundheitspolitischen Cocktail uns eine schwarz-grüne, eine Ampel- oder gar eine Deutschlandkoalition kredenzen würden, darüber kann man nur spekulieren. Doch Fakt ist: Diese Wahl hat unmittelbare Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen unserer Berufsausübung. Beispiele dafür sind die weitere Digitalisierung des Gesundheitswesens und der Einfluss internationaler Investoren auf die Versorgungslandschaft.

Wir Zahnärzte haben klare Forderungen an die neue Bundesregierung. Dazu gehören unter anderem:

- der Erhalt der PKV und die Punktwertanhebung in der GOZ
- die angemessene Finanzierung von GKV-Leistungen
- das klare Bekenntnis zur Freiberuflichkeit
- eine Digitalisierung mit Augenmaß und ohne Repressionen
- ein echter Bürokratieabbau
- eine Stärkung der Selbstverwaltung

Nur durch alle diese Elemente können wir unsere über Jahrzehnte gewachsene Praxislandschaft erhalten und die flächendeckende, wohnortnahe Patientenversorgung weiterhin sicherstellen. Wer auch immer nach dem Wahltag die politische Verantwortung übernimmt, muss sich an diesen Forderungen messen lassen.

Ihr